6. Jahrg. Nr. 69

Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Eichel".
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Weißstein, Bistupitz.

Anzeigenpreis: Die 9gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige

Donnerstag, 26. Juni 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm, wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Liebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 310 59 — Fernsprecher: Breslau, Ring 3637.

Faschistischer Arbeitermord in Oberschlesien.

In Bischupitz in Deutsch-Oberschlesien überfielen heute bewaffnete Faschisten unsere Genossen. Unser Genosse Cygan erhielt mehrere Dolchstiche. Er ist auf dem Transport zum Krankenhause gestorben. Genosse Piteczyk erhielt ebenfalls mehrere Dolchstiche. Schwerverwundet wurde er nach dem Krankenhaus transportiert. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Mit wilder Empörung wird jeder Proletarier diese Meldung lesen. Unbewaffnet, unorganisiert stehen die Arbeiter den blutrünstigen, schwerbewaffneten, vom Kapital ausgehaltenen und unterstützten Faschistenhorden gegenüber. Täglich häufen sich die Meldungen neuen Faschistenterrors, neuer Arbeitermorde. Ganz Deutschland wird zu einer faschistischen Vendee. Während die Sozialdemokraten über die Ermordung Matteotis heulmeiern, den Faschistenterror in Deutschland aber totschweigen, stoßen hier diese Banden immer unverschämter vor. Es ist an der Zeit, daß sich das Proletariat nicht wie Lämmer abschlachten läßt, daß es die Abwehr organisiert, daß es sein Leben schützt. Einige kräftige Schläge der Proletarierfaust — und die feigen Mordbanditen, die nur aus dem Hinterhalt und bei Ueberzahl ihre Ueberfälle wagen, werden restlos vernichtet werden.

Proletarier, rüstet zur Abwehr!

Kehre zurück, es ist Dir alles verziehen!

Breslau, 26. Juni.

H. F. Der Versailler Vertrag bezifferte Deutschlands Schuld an die Entente „endgültig" mit ¼ Billion Goldmark. Die Londoner Konferenz verminderte sie „endgültig" auf 132 Milliarden. Hiervon hat die Entente bereits zweiundachtzig Milliarden — als Bonds C — auf Konto Nimmerwiedersehen geschrieben. Sie ist heilfroh, wenn sie von den restlichen 50 Milliarden alljährlich etwa 2 Milliarden aus Deutschland herauspressen kann.

Die Sachverständigen haben sich im Schweiße ihres Angesichts bemüht, wenigstens zwei solcher Goldmilliarden pro Jahr den Kapitalisten der Entente sicherzustellen. Denn durch 4 Jahre der Teilnahme am Weltgemetzel haben die Ententekapitalisten ein moralisches Recht auf dieses Sühnegeld erworben.

Aber warum soviel Mühe und Arbeit? Im zweiten Teil des Sachverständigengutachtens ist ein wunderbarer Bericht enthalten. Zwar schreiben die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen kein Wort davon. Die Sachverständigen selbst scheinen gar nicht bemerkt zu haben, als sie den ersten Teil ihres Gutachtens ausarbeiteten und tausend Kolonialbestimmungen gegen Deutschland entwarfen, daß, nach dem Rezept der Sachverständigen vom zweiten Teil, man ja viel einfacher für einige Jahre die Schulden Deutschlands an die Entente bezahlen könnte, ohne einem Arbeiter weh tun, ohne irgendeine militärische Maßnahme durchzuführen, ohne Erschießungen, Gefängnisstrafen, kurz ganz „demokratisch". Dieses denkwürdige zweite Kapitel handelt nämlich über — die deutsche Kapitalflucht.

Um festzustellen, welches Kapital die deutschen Patrioten ins Ausland verschoben haben, hätten die Sachverständigen am zweckmäßigsten die Bücher der ausländischen Bankiers und Geschäftsleute geprüft. Aber dazu sind diese edlen Herren zu feinfühlig.

„Eine Methode der Prüfung, die darin besteht, eine Untersuchung durch Bankiers und Geschäftsleute (alle Sperrungen im Druck entsprechen dem Original) in denjenigen Ländern, in denen deponiertes oder investiertes deutsches Kapital vermutet wird, anzustellen, wurde von uns von Anfang an zurückgewiesen....

Wir waren der Meinung, daß es weder zweckmäßig noch nützlich sein würde, die Aufdeckung bestimmter Transaktionen (Schiebungen) zu fordern, die im allgemeinen ausgeführt wurden, unter dem stillschweigenden Vorbehalt, daß das Geheimnis gewahrt bleiben würde."

Sieh einmal, wie zartfühlend die Sachverständigen sind. Sie schreiben selbst, daß das deutsche Kapital wahrscheinlich unter falschem Namen verborgen gehalten werde. Aber sie wollen nicht den trauten Geheimbund der deutschen und ausländischen Betrüger stören.

Die Sachverständigen haben darum andere Methoden angewandt und kamen „nach einer genauen Prüfung aller Faktoren" zu der Ueberzeugung, daß deutsches Kapital in der Höhe von ungefähr

6¾ Milliarden Goldmark

ins Ausland verschoben worden sei. Hinzu kämen als eine zweite Form von Auslandsguthaben

1200 Millionen Goldmark,

die in ausländischen Noten in Deutschland herumschwimmen. Nun prüfte die sehr „sachverständige" Kommission die Mittel, durch die das entflohene Kapital nach Deutschland zurückgebracht werden kann. Die deutsche Kapitalflucht war nach ihrer Meinung entstanden, erstens durch die übermäßige Ausgabe von Papiergeld, zweitens durch die Tätigkeit von Spekulanten und „furchtsamen" (wörtlich!) Kapitalisten, die ihre Mark gegen Auslandswährung verkauften und, soweit sie Warenexporteure waren, den Ertrag ihrer Verkäufe im Ausland zurückhielten.

Und wie führt man den verlorenen Sohn, nämlich die 3 Milliarden Goldmark, in die deutsche Heimat zurück?

„Nach unserer Ansicht besteht der einzige Weg, die Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern und die Rückkehr des Kapitals zu ermutigen, darin die Ursache der nach dem Ausland gerichteten Bewegung an der Wurzel zu entfernen. Die Inflation muß für immer aufhören, so wird der Deutsche, der Kapital im Ausland besitzt, ein Gefühl der Sicherheit haben, daß er keinen Verlust erleiden wird, wenn er es in die Heimat verbringt."

Mit anderen Worten: Deutschland ist ein zu unruhiger, vulkanischer Boden. Der verdammte Ludergeruch der Revolution stört die empfindlichen und vorsichtigen Nasen der Herren Kapitalisten und hindert sie, in deutschen Banken und Unternehmungen ihre Riesenvermögen unterzubringen. Macht aus Deutschland ein Kapitalistenparadies (d. h. eine Arbeiterhölle), und das ganze Schieberpack Deutschlands kehrt freudestrahlend in Deutschlands Gaue zurück.

Darum erklären die Weisen des Abendlandes, die Herren Sachverständigen zum Schluß:

„Wir schlagen vor, daß während dieser Periode für eine begrenzte Zeit Amnestie gewährt wird, hinsichtlich der Strafen, die durch die bestehenden Gesetze auferlegt werden, und daß besondere Bedingungen angeboten werden, für die Zeichnung auf Regierungsanleihen, die in ausländischem Geld erfolgen. Wohlüberlegte Maßnahmen dieser Art würden dazu beitragen, die Rückkehr des Kapitals und die schließliche Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts in Deutschland zu beschleunigen, Bedingungen, die wesentlich sind für die Bezahlung der Reparationen. (Alle Sperrungen im Druck in sämtlichen Zitaten entsprechen dem Original, wie schon einmal angeführt.)

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Bezahlung der Reparationen ist für die Herren Sachverständigen ein ganz „unbedeutendes" Motiv, die Hauptsache ist für sie der Weltfrieden, die Moral und die Gerechtigkeit.

Nun wissen wir auch, warum die gesamte deutsche Presse von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten herunter, so einmütig lobend das Gutachten begutachtet hat. Nur glauben wir, die Arbeiter werden anderer Meinung sein. So wenig sie mit dem Gutachten einverstanden sind, das einzig und allein feststellt, wie man den deutschen Proleten die Haut vom Körper zieht und das Fell unter die deutschen, französischen und englischen Räuber aufteilt, so dankbar werden sie die Mitteilung der Sachverständigen aufnehmen, daß acht Milliarden deutsches Kapital dem deutschen Volke gestohlen worden sind, und werden dafür kämpfen, daß das gestohlene Gut konfisziert und zur Reparationszahlung verwandt wird.

Der Oelsnerprozeß in Leipzig.

Wir bringen den Bericht über den Oelsnerprozeß infolge unvorhergesehener Zwischenfälle erst heute.

Die Red.

Nach der Eröffnung der Verhandlung früh 9 Uhr und Erledigung der üblichen Formalitäten (Zeugenaufruf usw.) erhält der Angeklagte Oelsner das Wort zur Begründung seiner Tätigkeit vor seiner am 9. Oktober 23 erfolgten Verhaftung.

Oelsners Verteidigungsrede.

Nach dem Sturze Cunos erklärte Stresemann als Kanzler der großen Koalition in einer Rede, daß sein Kabinett die letzte verfassungsmäßige Regierung sei und daß ein Umsturz befürchtet werden müsse. Der Ruhrkampf war verloren, Schlesien entwickelte sich zu einem Brandherd des Faschismus. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie trafen Vorbereitungen zur Abwehr des Faschismus gemeinsam mit der Polizei. Es folgte der Küstriner Putsch, die Außerkraftsetzung der Verfassung in Bayern, die bayrische Ablehnung des Staatsgerichtshofes. Deshalb haben auch wir Abwehrmaßnahmen vorbereitet, vorbereitet unter dem Gesichtspunkte der Notwehr. Die der Anklage mit zugrunde gelegten Thesen der kommunistischen Zentrale sind **erst am 2. November 23, drei Wochen nach meiner Verhaftung, herausgegeben worden.** Die darin enthaltene Aufforderung zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats ist nichts anderes, als was Karl Marx bereits 1847 im Kommunistischen Manifest ausgesprochen hat. Obwohl es meine Ueberzeugung ist, daß durch die Diktatur das Proletariat seine Herrschaft begründen kann und nicht durch Demokratie und Parlamentarismus, bestand meine Tätigkeit vor der Verhaftung lediglich in der Vorbereitung von Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus.

In weiteren Ausführungen legte Oelsner dar, daß die ihm vorgeworfene Illegalität nichts mit Mordorganisation, Handgranaten und Maschinengewehren zu tun habe, sondern lediglich zur Fortsetzung der legalen, nicht verbotenen Tätigkeit der KPD. zum Schutze vor den Schikanen der Polizei gedient habe. Ein der Anklage mit zugrunde liegendes von Oelsner verfaßtes Schreiben an die Ortsgruppe enthält die Aufforderung, die Betriebe auf den politischen Massenstreik einzustellen, gemeinsame Aktionsausschüsse mit Sozialdemokraten und Christlichen zu bilden, zur Ernährungsfrage Stellung zu nehmen, dazu besonders Agitation unter den Landarbeitern gegen die Großagrarier zu betreiben und dazu alle revolutionäre (!) Energie anzuspannen.

Weiteres Belastungsmaterial ist ein Bericht an die Zentrale. Darin macht Oelsner den Vorschlag, im Falle eines Polneinfalles sich neutral zu verhalten und der Reichswehr diesen Kampf zu überlassen, um die „revolutionären" Kräfte" gegen die Faschisten freimachen. Nach der Niederwerfung des Polneinfalles 1921 in Schlesien wurden die Arbeiter nämlich von den Faschisten im Auftrage der Kohlenkarone mit Maschinengewehren in die Betriebe gejagt. Nach diesen Erfahrungen mußten die Arbeiter sich schützen, um nicht von den Faschisten erschlagen zu werden.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß er es der KPD. nicht verdenken könne, wenn sie gegen die bedauerliche faschistische Bewegung Maßnahmen treffen wollte, um sich zu schützen.

Es habe sich aber nicht nur um Schutzmaßnahmen gehandelt. Aus einem ebenfalls bei Oelsner gefundenen Flugblatt geht hervor, daß es neben anderen politischen Forderungen auch die der Bewaffnung des Proletariats enthielt und mit der Aufforderung schließt, der kommenden weißen Diktatur die rote Diktatur entgegenzusetzen. **Das sei Aufforderung zum Hochverrat!** Als besonders belastend gilt ein Bericht Oelsners an die Zentrale über eine Konferenz im Waldenburger Revier, aus dem aber lediglich hervorgeht, daß nach Mitteilung zahlreicher aufgeführter Ortsgruppen

die Faschisten große Waffenlager, Geschütze, Maschinengewehre, Tausende von Gewehren besitzen,

die im Falle des Bürgerkrieges ausgehoben werden können. Ferner ist erwähnt, daß die Eisenbahner mit den Kommunisten sympathisieren und von zwei Panzerzügen gesprochen haben, daß Fühlung mit einer Reichswehrkompagnie bestehe und Hundertschaften gebildet seien. Oelsner weist in dem Schreiben darauf hin, daß Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten Aktionsausschüsse zur Abwehr eines faschistischen Putsches in zahlreichen Orten gebildet haben und daß diese Bestrebungen fortgesetzt werden sollen. Ein weiteres, Oelsner als hochverräterisch zur Last gelegtes Schreiben der Zentrale erörtert die Bedeutung der Elektrizitätswerke und die Notwendigkeit einer stärkeren Heranziehung dieser Betriebsräte, damit verhindert werden könne, daß ein nicht streikendes Werk stillgelegten Werken Strom liefere. Mit dem Vorhalten eines von Oelsner unterschriebenen Wachtbuches, das nichts beweist, als daß die Druckerei der Zeitung gegen faschistische Ueberfälle bewacht wurde, war die Vernehmung Oelsners beendet.

Für den Organisationssekretär Pütz, der am 18. Oktober nach Breslau als völlig fremd kam, sich dort polizeilich meldete, beim Polizeipräsidium einen Besuch machte, weil er die illegale Einstellung der dortigen Genossen nicht für angemessen hielt, galt als besonders belastend, daß man bei seiner Verhaftung auf allgemeine Verdachtsgründe hin das auf der Chemnitzer Wirtschaftskonferenz angenommene Kampfprogramm gefunden hatte.

Die Konferenz, die ja bekanntlich von den damaligen sächsischen Ministern Gruppe (Soz.), Heckert und Böttcher einberufen war, wurde Pütz, der gar nicht daran teilgenommen hatte, als Vorbereitung zum Hochverrat angerechnet.

Notizen auf einem Block, wie z. B. „legale Ortsleitung", „Möglichkeit, W. zu bekommen", „Bahnmeisterei N. 2", „Kommunisten" usw. sollen mit zwei ihm zur Last gelegten Rundschreiben den Beweis für illegale Tätigkeit erbringen. Pütz erklärt, daß er die Notiz von Genossen zur Weitergabe erhalten habe und die Rundschreiben nicht von ihm verfaßt seien.

Die Vernehmung der Zeugen, zweier Polizisten aus Breslau und einer jugendlichen Stenotypistin erbringt nichts weiter, als das Urteil eines Beamten, „daß die Kommunisten zur Erreichung ihrer Ziele die faschistische Gefahr (!) benutzen wollten."

Nach eineinhalbstündiger Mittagspause erhält der Reichsanwalt Dr. Fabian das Wort zu seinem Plaidoyer. Er führt unter anderem aus, daß gerichtsnotorisch das Ziel der KPD. eine gewaltsame Aenderung der Verfassung sei. 1921 seien diese Ziele auf dem Moskauer Kongreß von der Internationale festgelegt und auf dem Leipziger Parteitag 1923 bestätigt worden. Die Angeklagten ständen nach ihrem Bekenntnis fest auf diesem Programm. Im Herbst 1923 sei der Umsturz von der KPD. erstrebt worden. Diese Absicht hätten die Angeklagten auch gehabt. Zum Beweis führt er Aeußerungen Oelsners in dem Bericht nach Berlin an, in dem es heißt, „daß sich die Situation zuspitze, daß zumindest in Sachsen und Thüringen mit einem Bürgerkrieg zu rechnen sei."

Noch nicht dagewesen seit der „Revolution" ist aber die vom Reichsanwalt gegebene Begründung des versuchten Hochverrats mit der Behauptung, daß der politische Massenstreik vorbereitet worden sei.

Von dem Kommunistenkoller dieses Herrn zeugt es weiter, wenn er anführt, daß die Landagitation den Haß gegen die Großagrarier schüren sollte.

Es wird alles noch einmal als Vorbereitung und Aufforderung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Schutzgesetz (Oelsner habe die mitgeteilten Waffenlager der Reaktion und kleinere Bestände von einzelnen Ortsgruppen nicht angezeigt) herangezogen, wovon Oelsner in seinen Ausführungen nachgewiesen hatte, daß es Abwehrmaßnahmen gegen die Gefahr der weißen Diktatur waren. Der Reichsanwalt beantragt hierauf die vom Gericht auch verfügten Strafen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld wies in seiner Verteidigungsrede darauf hin, daß jeder Hochverratsprozeß gegen Kommunisten auf den Beschluß der Internationale von 1921 studiert werden könne, daß aber die Agitation der Partei seit dieser Zeit im Sinne dieser Thesen geführt werde. Trotzdem sei es niemandem eingefallen, wegen dieses theoretischen Programms jemals Anklage zu erheben. Die Thesen der Zentrale, in denen konkrete Maßnahmen zur Erringung der Macht vorgeschlagen wurden, seien erst am 3. November 1923 veröffentlicht worden, während die Verhaftung Oelsners am 9. Oktober, die von Pütz am 26. Oktober erfolgte. „Wenn in einem Rundschreiben Oelsners von der Möglichkeit des Bürgerkriegs in Sachsen und Thüringen gesprochen werde, wo nach der Meinung des Reichsanwalts gar keine faschistische Gefahr bestand, so ist gerade das die Meinung vieler Politiker anderer Richtungen, die mit einem Einfall von Bayern aus rechneten."

Der Massenstreik sei übrigens ein Kampfmittel, das auch von anderen proletarischen Parteien zur Durchsetzung ihrer Ziele angewendet würde. Wenn gefragt werde, wieviel Waffen da seien, so habe es sich in erster Linie um faschistische Waffen gehandelt. Die Feststellung von Waffen beweise nicht die Absicht, ein hochverräterisches Unternehmen zu beginnen. Im übrigen sei er überzeugt, daß auch alle anderen Parteien Umfragen nach der Zahl ihrer wehrfähigen Männer und deren evtl. Bewaffnung in jener Zeit der faschistischen Gefahr gemacht hätten. Nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches und der bayrischen Vorgänge müsse man doch Verständnis für derartige Feststellungen haben. Der Begriff der Illegalität sei vom Reichsanwalt vollkommen verkannt worden. Auch die SPD. und USPD. hätten im Kapp-Putsch illegal gearbeitet, da man sich vor den Monarchisten schützen mußte. Aehnlich sei es der KPD. gegangen, gegen die der gegen Bayern gerichtete Ausnahmezustand namentlich in Preußen gekehrt worden sei. Keine Partei habe soviel Schutzhaftverhängungen erfahren, wie die KPD. Der Grund für die Illegalität während des Ausnahmezustandes, dessen rechtlichen Grundlagen nicht unbestritten seien, war, sich zu schützen. Die Forderung „Die Waffen in die Hände der Arbeiter", sei auch lange Zeit von der SPD. in den Vordergrund gestellt worden, um zu verhüten, daß sie in den Händen der Monarchisten blieben. Im übrigen spreche der Versuch, mit Sozialdemokraten und Christlichen zusammenzugehen, dafür, daß es sich um Abwehrmaßnahmen gegen die Faschisten gehandelt habe. Die Stillegung von Elektrizitätswerken sei in Kämpfen der Arbeiter so oft erfolgt, daß die Erörterung diese Frage keinen Beweis für Umsturzpläne bietet. Bezüglich des Angeklagten Pütz sei zu betonen, daß nichts so sehr die Annahme des versuchten Hochverrats widerlege, als das Chemnitzer Wirtschaftsprogramm.

Progessive Steuern, Schaffung wertbeständiger Währung, Abschluß von Handelsverträgen usw. seien keine Forderungen von Parteien, die den Umsturz beginnen wollen.

Was die Angeklagten getan haben, haben sie aus rein politischen Gesichtspunkten getan. Nichts Ehrenrühriges kann ihnen vorgeworfen werden. Ich bitte um

Freisprechung.

Trotz der vollkommenen Zerpflückung der staatsanwaltlichen Argumente durch den Verteidiger, erkannte das Gericht auf die unerhörte hohe Strafe.

Wir kommen auf das unerhörte hohe Urteil, das ein Faustschlag in das Gesicht des schlesischen Proletariats ist, noch zurück. Nachstehend veröffentlichen wir noch das Urteil.

Nach achtstündiger Verhandlung und nahezu zweistündiger Beschlußfassung verurteilte der Staatsgerichtshof den kommunistischen Parteisekretär Oelsner wegen Vorbereitung und Aufforderung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu drei Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, den Organisationssekretär Pütz zu 9 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von je 6 Monaten der 9monatlichen Untersuchungshaft.

Letzte Telegramme.

Moloch Kapitalismus.

Grubenunglück auf Abwehrgrube.

Aus Hindenburg wird uns gemeldet:

Bei der Abdämmung eines Grubenbrandes sind am Montag nachmittag fünf Bergarbeiter durch ausströmende Gase betäubt worden.

Zur Aussperrung in den niederschlesischen Eisenhütten.

Wie wir bereits am Sonntag mitteilten, drohten die Niederschlesischen Metallgewaltigen mit der Aussperrung, wenn der für verbindlich erklärte Schiedsspruch nicht angenommen wird. Sie haben ihre Drohung wahr gemacht, und die im Eisenhüttenverband Niederschlesien zusammengeschlossenen Hüttenwerke haben ihre gesamte Arbeiterschaft (rund 6000) mit Wirkung vom Dienstag dieser Woche ausgesperrt.

Der Schiedsspruch sah einen Lohn von 44 Pfennig in der Spitze vor. Die Unternehmer gehen noch einen Schritt weiter, sie planen bei dieser Gelegenheit einen Lohnabbau von 15 Prozent durchzudrücken, auch sind sie bereits mit der Einsetzung der technischen Nothilfe zur Hand.

Die Arbeiterschaft wird sich nicht einschüchtern lassen, sie ist gewillt, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Die Stimmung ist gut.

Die Postler verteidigen das Streikrecht.

Das Streikrecht eine Macht-, keine Rechtsfrage.

Düsseldorf, 25. Juni.

Die allgemeine deutsche Postgewerkschaft hat in einer gemeinsamen Sitzung am 24. Juni Stellung genommen zu dem Versuch des Reichsverkehrsministeriums, den Postlern das Koalitionsrecht zu rauben. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der mit aller Entschiedenheit diese Absicht des Reichsverkehrsministeriums verurteilt wird. Die Beamtenschaft lehnt es ab, wieder zu Petitions- und Harmonievereinen der Vorkriegszeit herabgedrückt zu werden. Sie lasse sich das Recht nicht nehmen, nach Scheitern aller Verhandlungsmöglichkeiten um ihre Existenz zu kämpfen. Die Beamtenschaft stelle nochmals fest, daß das Streikrecht keine Rechts-, sondern eine Machtfrage sei und nicht von der Zustimmung einer Regierung, die unter dem Einfluß der Reaktion und des Großkapitals stehe, abhänge.

Erneute Betriebseinschränkungen.

Velbert, 25. Juni.

Von den industriellen Werken der Umgebung arbeiten 80 Prozent nur drei Tage in der Woche. Zwei große Betriebe haben bereits geschlossen. Weitere Stillegungen stehen bevor.

Fesselung eines kommunistischen Stadtverordneten im Sitzungssaal.

Berlin, 25. Juni.

In der Bezirksverordnetensitzung im Wedding (Berlin) drangen heute plötzlich Scharen von Kriminalbeamten und Polizisten ein, um den Stadtverordneten Genossen Dörr mitten aus der Sitzung heraus zu verhaften. Trotzdem sie das erstemal aus dem Saal gewiesen wurden, drangen sie nochmals ein, überwältigten den Genossen Dörr, fesselten ihn und führten ihn gefesselt nach dem Präsidium. Der Genosse Dörr ist als einer der friedlichsten und harmlosesten Stadtverordneten bekannt. Tiefer kann die deutsche Demokratie wahrlich nicht sinken, als sie es durch Anwendung solcher Hunnenmethoden tut.

Münchner Polizeiüberfall auf die Kommunisten im Landtagsgebäude.

Die deutsche „Demokratie" ist längst vor die Hunde gegangen. Das Parlament mit all seinen „Rechten" für die Abgeordneten ist längst zu einer Farce geworden. Nicht nur aus den Sitzungen werden die Kommunisten bei der geringsten parlamentarischen Opposition hinausgeworfen, sondern selbst aus ihren Fraktionsräumen. Gestern besetzte ein Polizeiaufgebot plötzlich das Fraktionszimmer der KPD. im bayrischen Landtag, öffnete gewaltsam alle Schränke und Behältnisse, beschlagnahmte sämtliches Material, das im Lastwagen nach der Polizeidirektion gebracht wurde und verhaftete sechs Arbeiter, die hingekommen waren, um mit den Abgeordneten zu sprechen.

Mit diesem Polizeiüberfall werden die letzten Rechte der Abgeordneten illusorisch, wird die Vertretung der Interessen der Wähler zu einer Unmöglichkeit. Ohne den Schutz der parlamentarischen Akten der Abgeordneten vor polizeilichen Ueberfällen, der in den kulturell zurückgebliebensten Staaten eine Selbstverständlichkeit ist, ohne den Schutz der Fraktionszimmer der Parteien vor Haussuchungen, ohne das Recht der Abgeordneten, alle Mißstände aufzudecken und zu untersuchen und zu diesem Zwecke ungestörte Besprechungen im Landtage abzuhalten, wird die gesamte Tätigkeit der Abgeordneten zu einer leeren Rederei ohne jeden Einfluß auf die Dinge.

Selbstverständlich unterschlägt die „Volkswacht" diese Meldung ihren Lesern und billigt damit diese Terrormethoden, billigt die Aufhebung der Immunität für die Kommunisten.

Das Ruhrecho verboten.

Das „Ruhrecho" ist von der Besatzungsbehörde bis zum 3. Juni verboten worden.

Was haben die Eisenbahner vom Sachverständigen Gutachten zu erwarten?

In jeder Nummer der „Volkswacht" finden wir Lobeshymnen auf das Sachverständigengutachten, aber in keiner einzigen Nummer dieses Blattes steht eine konkrete, kurze, für den Arbeiter verständliche Zusammenfassung dessen, was der Arbeiter vom Sachverständigengutachten zu erwarten hat. So lügt die „Volkswacht" den Eisenbahnern vor, daß mit der Annahme des Sachverständigengutachtens sich an ihrer Lage nichts ändern wird. Sie unterschlägt, daß das Gutachten eine Entlassung von 40 bis 50 Prozent der Eisenbahner vorsieht. Sie unterschlägt, daß mit der Auslieferung der deutschen Eisenbahn an das internationale Kapital sich die Regierung jedes Einspruchs- und Mitbestimmungsrechtes auf die Lage der Eisenbahner begibt und daß alle deutschen Gesetze wirkungslos sind und nur die Personalverordnung maßgebend sein wird, die das ausländische Kapital festlegen wird. Aber halt, ein Einspruchsrecht behält sich der deutsche Reichsfinanzminister vor:

nämlich bei Erhöhung der Eisenbahnerbezüge über die Bezüge der Reichsbeamten hinaus.

Die einzige Sorge des Reichsfinanzministers ist also, daß die Eisenbahner zu viel Lohn bekommen könnten. Die „Volkswacht" findet diese Stellung des Ministers „interessant", die Arbeiter werden sie empörend finden, mit der einzigen Einschränkung, daß man von bürgerlichen Ministern und sozialdemokratischen Redakteuren nichts anderes erwarten kann.

GOLGATHA.

40 **Von Pawel Dorochow.**

(In Buchform erschienen im Verlage f. Literat. u. Polit., Wien.)

„Genosse Kiseljow, dort ist eine ganze Abteilung! Alle zu Pferde, — man weiß nicht recht, — sind's Kosaken oder andere Truppen!"

„Zehn Gewehre bleiben hier! Die übrigen — mir nach!"

Man teilte sich in zwei Gruppen. Dimitri zog mit seinen Leuten das Ufer entlang, um den Husaren in den Rücken zu fallen. Er kam dicht an die Polen heran. Die Schützen zerstreuten sich im niedrigen Gestrüpp.

„Feuer! Feuer!"

Pferde bäumten sich auf, warfen die leblosen Körper zu Boden, stürmten dahin.

„Feuer! Feuer!!"

Vom Fluß her ertönte das gedehnte Brüllen des Dampfers.

Ein Reiter sprengte zu Pan Selinski:

„Herr Rittmeister, der Dampfer hat sich zurückgezogen!"

Man blies Rückzug.

Gegen Mittag näherte sich dem Dorf Silowka eine berittene Patrouille.

Einen halben Kilometer von dem Posten entfernt, machte sie halt, kehrte um und verschwand wieder.

Der Stab beschloß, das Dorf zu räumen.

Den ganzen Tag über wurden Wagen beladen. Alles geschah schweigend und schnell. Man hörte kein Jammern, kein Klagen der Weiber. Gegen Abend verließ eine lange Kette von Wagen das Dorf.

Am Morgen besetzten die Weißen das Dorf.

Oberleutnant Jefimow erteilte den Befehl:

„Jagt alle Bewohner auf den Platz hinaus!"

Die Soldaten zerstreuten sich in den Häusern, trieben die Leute mit Kolbenstößen hinaus. Auf dem Platz vor der Kirche, dicht bei der Treppe, stand ein Tisch, mit Stühlen ringsum. Der ganze Platz war vom eisernen Ring der Soldaten — der polnischen Husaren — eingeschlossen. Ein Häuflein galoppierte zur Kirche. Der Oberleutnant und die anderen Offiziere setzten sich.

Die Menge fiel auf die Knie. Weiber heulten.

„Wir sind unschuldig, wir sind unschuldig! An allem ist der Stab mit dem rasierten Bolschewisten schuld!"

Des Oberleutnants Gesicht verzog sich verächtlich.

„Schweigt! Wir werden schon sehen, wer der Schuldige ist!"

Ein stämmiger, rothaariger Bauer löste sich von der Menge und ging auf den Tisch zu.

Ein Husar holte mit seiner Knute aus.

Der Bauer entwand sich geschickt dem Hieb.

„Euer Hochwohlgeboren, ich will über die Sache berichten!"

Der Oberleutnant machte ein Zeichen mit der Hand.

„Laßt ihn durch!"

Der rothaarige Bauer trat an den Tisch, warf einen ruhigen Blick auf die Offiziere.

„Ich bin der Vorsitzende des Kreisamtes. Die Meuterer haben uns verjagt. Wir haben ihnen soviel wir konnten, Widerstand geleistet, — mir hat man das Auge eingeschlagen, den anderen haben sie die Rippen gebrochen."

Der ehemalige Vorsitzende winkte.

Zwei Bauern kamen heran.

„Das sind die Beamten des Kreisamtes. Jetzt will ich über die Meuterer erzählen."

„Erzähl!"

Der Bauer kam der Aufforderung erfreut nach:

„Sie hatten alle einen Stab. Er bestand aus: Iwan Borodin, Jakow Ssulin, Peter Molodych. Der Hauptmacher war ein rasierter Bolschewist aus Moskau. Und auch einen Chinesen gab es da, der immer von den Sowjets geschwatzt hat. Ein großer Chinese — da steht er ja! — Chenja, heißt er."

Eun-jat-sen bemerkte, daß ihn alle ansahen, — er lächelte und nickte mit dem Kopf.

„Chenja, ich Chenja!"

Der Oberleutnant blickte auf den Chinesen.

„Dieser da?"

Der Vorsitzende nickte heftig mit dem Kopf.

„Er ist's, Euer Hochwohlgeboren, es ist derselbe Chinese."

Die zwei anderen Bauern, die zu der früheren Dorfobrigkeit gehörten, lösten sich langsam von dem Bauernhaufen und näherten sich dem Tisch. Der Kapitän überblickte die Menge.

„Stellt sie in Reihen auf! Die Weiber gesondert!"

Zwei lange Reihen dehnten sich auf dem Platz, — rechts die Bauern, links die Weiber.

Der Oberleutnant wies mit einer Kopfbewegung auf Eun-jat-sen.

„Die Chinesen her!"

Eun-jat-sen, Chan-lia-jan und Echn-an-li führte man aus der Reihe der Bauern und stellte sie neben den ehemaligen Vorsitzenden. Auch die beiden anderen Bauern rückten näher zum Vorsitzenden heran.

Die Offiziere berieten sich nicht lange.

Der Oberleutnant nahm eine Zigarette, rauchte an, machte einige tiefe Züge, während sein gelangweilter Blick die Menge streifte. Er machte wieder einen tiefen Zug. Betrachtete lange die Bauern, als erwäge er etwas.

Ein kaum merkliches Zittern strich über die linke Gesichtshälfte des Oberleutnants. Die Wange hob sich, der linke Schnurrbart zuckte ein wenig. Das Zucken wurde immer stärker, breitete sich auf das Kinn aus. Die kleinen grauen Augen blitzten auf. Er machte eine kurze Bewegung mit der Hand.

„Jeden Zehnten. Fangt an!"

Man führte jeden zehnten Bauer aus der Reihe und ließ ihn drei Schritt vor dem Tisch stehen.

Der Oberleutnant prüfte den vor ihm stehenden Bauer lange Zeit mit seinen grauen, spitzen Augen.

„Bete!"

„Euer Hochwohlgeboren ..."

„Bete ...!"

„Euer ..."

„Schweig! Bet', sage ich dir!"

„Herr, Jesus Christus ... Euer Hochwohl ..."

„Haut ihn!"

Zwei Soldaten hieben mit ihren Nagaikas auf ihn ein. Der Bauer bedeckte sein Gesicht mit beiden Händen ...

Oberleutnant Jefimow schrie heiser:

„Meutern wollt ihr! Ich werde euch zeigen!"

Zuweilen hielt er es nicht mehr aus, so ruhig an seinem Tisch zu sitzen. Er sprang dann auf, trat dicht vor den Mann hin und schoß ihn mit seinem Revolver nieder ...

Man führte die zerschlagenen, blutigen Menschen einige Schritte zur Seite und tötete sie.

Der zottige Schnurrbart des Oberleutnants tanzte. In seinen grauen Augen zitterten Funken. Eine kalte Welle schoß ihm durch den Körper.

„Die Weiber her! Alle!"

Wie eine Schar hungriger Tiere stürzten sich die Soldaten und Husaren auf die Frauen und Mädchen. Mit durchdringendem Kreischen versuchten diese, sich der Umklammerung der sie festhaltenden Hände zu entwinden.

Ehe sie niedergeworfen wurden, glitten zitternde Hände über weibliche Brüste, mit wollüstigen Bewegungen strich man über die nackten Körper.

Die Augen wurden blutrot, die Köpfe drehten sich.

Ein tierhaftes Gebrüll erfüllte den Platz.

Der Blick des Oberleutnants fiel auf die Chinesen und die drei Bauern, — den Vorsitzenden und seine Gehilfen.

„Schafft die Chinesen auf den Dampfer! Und diese Bauern da prügelt durch!"

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichstag des Bankrotts.

Rußlandhetze — Die Völkischen beschimpfen den toten Levine — Schlägerei zwischen Völkischen und Sozialdemokraten.

Gleich zu Beginn der Reichstagssitzung am Dienstag, den 24. Juni, wurde von den Kommunisten gegen den verschärften Belagerungszustand Protest erhoben.

Genosse Stöcker ergreift dazu das Wort. Er kennzeichnet diese Verordnung als ein Glied in der Kette, mit der der Kommunistischen Partei die Glieder gefesselt werden sollen. Schon ohne diese neue Presseknebelung konnte nicht mehr die Rede sein von Pressefreiheit für Kommunisten. Unsere ganze Presse in Sachsen, ferner in Jena, Suhl, Halle, Magdeburg ist schon vorher verboten worden. (Zuruf: Alles durch Sozialdemokraten!) Dazu kommen noch die Verhaftungen kommunistischer Redakteure. (Pfui! bei den Kommunisten. Von rechts kommt der Ruf Bravo!) **Die Ebert-Verordnung übertrifft noch alles, was seither schon an Pressemiterdrückungen da war.** (Sehr wahr!) Es erhöht den Reiz der Verordnung, daß sie vom prominentesten Mitglied der Sozialdemokratie stammt, einer Partei, die jahrzehntelang für Pressefreiheit gekämpft hat. Wir fordern die

sofortige Aufhebung

dieser für die gesamte Presse gefährlichen Verordnungen, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich einen unerhörten Schlag gegen unsere Zeitungen bedeute. Aber allen solchen Schlägen zum Trotz werden wir weiter kämpfen!

Auf der Tagesordnung stehen verschiedene Gesetzentwürfe, die wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen Deutschland einerseits, Litauen und Estland andererseits betreffen. Genosse Rosenberg zitiert bei dieser Gelegenheit verschiedene Stellen aus der vorliegenden, von Stresemann gezeichneten Denkschrift vom 9. Mai, die samt und sonders

heimtückische Spitzen gegen Sowjetrußland

enthalten. Die Hintergedanken einer solchen provozierenden Politik seien die Randstaaten einzufangen für die gegen Sowjetrußland gerichtete Politik des Auswärtigen Amtes. Wir protestieren entschieden gegen diese antibolschewistischen Spitzel. In Estland und Litauen herrscht dieselbe „Demokratie" wie in Deutschland.

Das Gräfchen Reventlow von den Deutschvölkischen macht einige sentimentale Ausführungen, die mit wiederholtem Gelächter in Empfang genommen werden.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der ein deutsch-polnisches Abkommen über den Oberschlesien-Bezirk betrifft, spricht unser oberschlesischer Genosse Jadasch, der eben aus dem Gefängnis entlassen, zum erstenmal im Reichstag erscheint. Wir bringen seine Rede in der Beilage.

Bei der Beratung eines Gesetzentwurfes über Entschädigung von Quartierleistungen an die Reichswehr, stellt die kommunistische Fraktion einen Antrag auf Streichung eines Absatzes, der von

„besonderer Verwendung" der Reichswehr

spricht. Genosse Koenen kennzeichnet diese „besondere Verwendung" am blutigen Beispiel der Reichswehrexpedition gegen Sachsen und Thüringen. Ihre (zu den Sozialdemokraten) Regierungen sind es gewesen, die jenen brutalen Feldzügen gegen die Arbeiter zugestimmt haben. Wir wollen sehen, ob jetzt die sozialdemokratischen Fraktionen die Taten ihrer Sollnänner usw. decken.

Die Vorlage wird, ebenso wie verschiedene andere Dinge, den Ausschüssen überwiesen.

Hierauf kommen zur gemeinsamen Beratung die Anträge, in denen die kommunistische Fraktion die

Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Ebertinischen Belagerungszustandes

und der

bayrischen Ausnahmeverordnungen gegen die Kommunisten

ferner der kommunistische Gesetzentwurf, der die Amnestie fordert. Auch die Sozialdemokraten und die National-Sozialisten haben dazu Anträge gestellt. (Während die Faschisten vor allem ihre Kappputschisten frei bekommen wollen, enthält der sozialdemokratische Antrag mehr Ausnahmen, als Forderungen.)

Nachdem sich der Deutschnationale Gräf (Thüringen) für den einzigen Verurteilten Kappputschisten Jagow ins Zeug gelegt hatte, schickten die Sozialdemokraten ihren Rechtsanwalt Sänger vor. Er appelliert an die „Ausgleichende Gerechtigkeit" der Demokratie und meint, die Reaktion dürfte sich über mangelndes Entgegenkommen der Justiz nicht beklagen.

Genosse Scholem zeigte in scharfen wuchtigen Strichen das Schandgebäude der Bourgeoisjustiz, seine Fundamente und Ausstrahlungen. Er brandmarkte die blutige Rachgier des Kapitals und die feige hinterhältige Helferrolle der Sozialdemokratie, die den Münchener Rechtsanwalt Dr. Senger vorgeschickt hatte. Nicht um das Klassenrecht des Proletariats zur Sozialrevolution zu verkünden und zu verfechten, sondern um den weinerlichen Tiraden an den Gerechtigkeitssinn der bürgerlichen Sklavenhalter zu appellieren. Genosse Scholem entlarvte diese

Heuchlerrolle der SPD.

die aktiv und passiv an der Füllung der Zuchthäuser und Gefängnisse den größten Anteil mit hat. Die Kommunisten beschimpfen nicht die proletarischen Freiheitskämpfer, indem sie um Gnade winseln, sondern indem sie ihr Recht auf Revolution verteidigen. Der ehemalige Zentrumskanzler Fehrenbach erklärte im Namen seiner Partei, daß er im Rechtsausschuß für die „Gerechtigkeit, wie er sie auffaßt", wirken will. Zentrumsgerechtigkeit gedeiht nämlich nur in der Dunkelkammer.

Und nun kam Herr Dr. Roth, bayrischer Justizminister a. D. und Miträdelsführer bei dem blamablen Hitlerputsch vom 8. und 9. November. Ein typischer, baumlanger Bierbankheld. Innerlich feig bis zur Jämmerlichkeit, nach außen aber brutal bis zum Blutdurst an Wehrlosen. Er fordert die Freilassung der Kapp-Putsch-Helden, von denen glücklich ein einziger, v. Jagow, sich in Ehrenhaft befindet. Dann fordert er Amnestie für das feige Faschistenpack von München, für Hitler und seine hirnlosen Nachtreter. Er leistete sich, wiederholt stürmisch unterbrochen, provokatorische Beschimpfungen von Toller, Mühsam, Sauber und Genossen, die man jetzt noch in Niederschönenfeld viehisch langsam zu Tode quält. Durch seine völkischen Etappenhelden ermuntert, ging der traurige Kerl noch weiter, er verstieg sich zu einer infamen Leichenschändung an dem großen Märtyrer der proletarischen Revolution Eugen Levine. Der feige Bursche wagte zu sagen:

„Und wenn Sie (z. d. Kommunisten) sich des Levine-Rissen annehmen, so sage ich Ihnen, den Mann hat mit vollstem Recht die Kugel getroffen."

Diese Provokation löste bei den Kommunisten einen Orkan von Empörung und Entrüstung aus. Die ganze Fraktion drängte sich nach vorn. Bücher, Drucksachen und Tintenfässer flogen dem bayrischen Mordkonzernschützer an den Kopf. Der Vizepräsident Dr. Riese stand da wie der Greis auf dem Dache. Kein Wort war zu verstehen. Da vertagte der Präsident die Sitzung auf zehn Minuten.

Zehn Minuten später eröffnete der Präsident die neue Sitzung, muß aber erst dem Genossen Eichhorn das Wort zu einer Erklärung erteilen. Genosse Eichhorn erklärt, daß die Empörung der Kommunisten durch die schamlose Beschimpfung eines der größten, im proletarischen Kampfe gefallenen Helden provoziert worden sei, daß die Kommunisten auch fernerhin eine derartige Leichenschändung an unseren toten Kämpfern niemals dulden werden, aber mit Rücksicht auf die unerhörte leibliche seelische und geistige Not der 10 000 proletarischen Gefangenen die alle erwartungsvoll auf die heutigen Verhandlungen blicken, von einer weiteren Obstruktion durch Lärmen Abstand nehmen und den erbärmlichen Gesellen Roth mit seiner erbärmlichen Gesellschaft allein lassen werden.

Die Kommunisten verlassen demonstrativ den Sitzungssaal.

Roth setzt seine Provokationen fort. Sozialdemokraten empören sich über seine Frechheit. Die Nichtanwesenheit der Kommunisten im Saale macht den völkischen Etappenhelden, die vor kommunistischen Fäusten einen heillosen Respekt zu haben scheinen, großen Mut. Zu ihnen gesellt sich jetzt auch noch das völkische, deutschnationale Gelichter, um

mit vereinten Kräften gegen die Sozialdemokraten

vorzugehen. Der Völkische Laverenz versetzt einem Sozialdemokraten eine schallende Ohrfeige. Erneuter langer, ohrenbetäubender Tumult.

Zum zweiten Male vertagte der Vizepräsident die Sitzung. Auf eine halbe Stunde. Das Mumienkabinett, genannt Aeltestenrat, sollte zur Lage Stellung nehmen. Es wurde dort von der länglichen Unzulänglichkeit, di eman Hermann Müller heißt, mit tränenerstickter Stimme festgestellt, daß die guten harmlosen parlamentarischen Musterknaben der SPD. zuerst von den völkischen-deutschnationalen Rowdys verprügelt worden waren. Sonst hätten sie beileibe niemals die Würde des Hauses mit Füßen getreten.

Gewerkschaft.

Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes.

3. Verhandlungstag.

Ueber den Verlauf der geschlossenen Vormittagssitzung am 17. Juni wird vom Hauptvorstand folgender offizieller Bericht gegeben:

„In der geschlossenen Vormittagssitzung referierte Vorstandsmitglied Schmidt über die Taktik des Verbandes. Rosemann spricht als Korreferent. Schmidt rechtfertigt die Taktik des Verbandes bei den Tarifverhandlungen und bei den Verhandlungen über die Ueberarbeit. Rosemann wünschte

schärfste Betonung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaft

und umfassende Aktionen statt Teilstreiks bei wichtigen Fragen. Auch hätte der Verbandsvorstand energischer auf eine frühere Beendigung des passiven Widerstands an der Ruhr hinwirken müssen.

In der Debatte stellte sich die Generalversammlung auf den Boden des Referenten Schmidt. Bezüglich des passiven Widerstandes wurde festgestellt, daß der Verbandsvorstand sich seit Mitte April 1923 energisch für den Abbruch des Kampfes bei der Reichsregierung eingesetzt hat.

Ueber eine von Rosemann vorgelegte Entschließung soll in öffentlicher Sitzung abgestimmt werden."

Nachmittagssitzung.

Nach Eröffnung der Sitzung beantragt Ullrich (Waldenburg), daß dem Kameraden Abel, der gestern wegen seiner oppositionellen Gesinnung aus dem Verband ausgeschlossen wurde, da er in Dresden weilt, die Möglichkeit gegeben wird, als Gast an der Generalversammlung teilzunehmen.

Waldhecker stellt diesen Antrag nicht zur Abstimmung, sondern erklärt, daß für die Organisation der Fall Abel erledigt sei, trotzdem selbst von SPD.-Delegierten Abel als ein äußerst tüchtiger, sich für die Organisation aufopfernder Funktionär geschildert wurde, der der Organisation erhalten werden müßte.

Bei der Festsetzung der Diskussion über den Geschäftsbericht brachten außer den beiden oppositionellen Kameraden Dulischmann und Richter alle übrigen Redner keine neuen Gedanken in die Debatte.

Das Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Husemann war genau wie sein Referat auf eine blöde Kommunistenhetze eingestellt. In abgefeimter demagogischer Art und Weise versucht er, die sachlichen Ausführungen der oppositionellen Kameraden zu entkräften. War von der Opposition die ganze Debatte trotz aller Schärfe in sachlicher Form geführt worden, so verdient Husemann sich den Ruhm, die Auseinandersetzungen auf der Generalversammlung auf ein geistig tiefes Niveau herabgedrückt zu haben.

In einer geradezu unflätigen Weise versucht er, den Mitgliederrückgang, der von den oppositionellen Genossen als eine Folge der falschen Taktik des Hauptvorstandes bezeichnet wurde, auf die Arbeit der Opposition in den Gewerkschaften zurückzuführen. In längeren Ausführungen reißt er die Union der Hand- und Kopfarbeiter herunter, bezeichnet sie als ein Säugling der Moskauer Zentrale, ergeht sich in den wüstesten Anrempelungen gegen den Genossen Sabottka. Die bisher geübte Ausschlußpraxis seitens des Hauptvorstandes verteidigt er warm, hält sie für die Organisation unumgänglich notwendig.

Durch äußerst fadenscheinige Argumente versucht er die sachlich begründeten Angriffe der oppositionellen Kameraden in der Frage der Tarifstreitigkeiten, der Kampfführung, des Schiedsspruchwesens, der Verhandlungen mit den Regierungsstellen usw. abzuwehren. Alle Vorstandsmaßnahmen und Beschlüsse waren von volkswirtschaftlichen Staatsnotwendigkeiten diktiert gewesen.

Der Hauptvorstand müßte es ablehnen, eine Politik zu machen, die von den Linksradikalen gefordert wird.

Er empfiehlt, den übergroßen Teil der vorliegenden Anträge dem Hauptvorstand als Material zu überweisen und die oppositionellen Anträge abzulehnen.

Martmöller kann es sich ebenfalls nicht verkneifen, sein Schlußwort zu benutzen, um die Hinweise der oppositionellen Kameraden, den Betriebsräten der Organisation größere Bewegungsfreiheit zu geben, sie zu aktiven Organen derselben zu machen, in echt demagogischer Weise als organisationsschädigend zu verdrehen.

Bei der Abstimmung über die Anträge entscheidet die Mehrzahl der Delegierten im Sinne der Vorschläge Husemanns. Alle oppositionell anrüchigen Anträge, auch die der Scheinopposition der SPD. verfallen der Ablehnung. Das Geschäftsgebaren bei der Abstimmung erregt sogar unter den SPD.-Delegierten arge Mißstimmung, daß von ihrer Seite aus der Zwischenruf „Schiebung" erfolgte.

In der Mittwoch-Vormittagssitzung werden die Vorschläge zum Verbandsstatut beraten. Der Nachmittag soll für einen allgemeinen Ausflug benutzt werden.

An unsere Abonnenten!

Gewaltig sind die Entbehrungen, denen unsere Genossen in den Gefängnissen ausgesetzt sind; ungeheuerlich ist das Elend, in dem sich die Familien unserer inhaftierten Genossen befinden. Zu den seelischen Erschütterungen der von der deutschen Justizgouillotine Getroffenen gesellt sich deren quälende Sorge um die Existenz. Unnötig lange werden unsere Genossen im Untersuchungsgefängnis wegen Lappalien zurückgehalten und dort fast zur Verzweiflung getrieben.

Eben erhalten wir wieder Kunde, daß unser

Genosse Nadlewski und Frau,

die fast ein Vierteljahr in den Breslauer Gefängnissen schmachten, ohne daß ihnen bisher eine Anklageschrift zugestellt wurde, also

nur, weil sie Kommunisten sind,

der Freiheit beraubt wurden,

fast irrsinnig

geworden sind. Beide sind vollständig zusammengebrochen und werden, trotz ihrer seelischen Depression, weiter gequält.

Das ist nur ein Beispiel von den vielen Tausenden. Ueber 7000 Genossen und Genossinnen der KPD. befinden sich hinter Gitterfenstern. Die Hilfe, die ihnen gebracht werden kann, ist nur klein, weil Mittel hier so gut wie nicht zur Verfügung stehen. Dabei ist es ein leichtes, wirksam zu helfen.

Wenn unsere Abonnenten nur täglich

ein Drittel Pfennig

für die Inhaftierten übrighaben, dann bedeutet dies eine gewaltige Hilfe. Der Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" hat dehalb die angenehme Pflicht übernommen, konsequent die Unterstützungsaktion für unsere Inhaftierten zu fördern. Sie überträgt diese Pflicht auf alle Abonnenten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Unsere Abonnenten bitten wir deshalb, die vom Verlag herausgegebene und hier abgedruckte Sonderquittung zum Preise von 10 Pfg. in der ersten Juliwoche einzulösen.

Der Erlös wird restlos der „Roten Hilfe" zugeführt, ohne daß auch nur ein Pfennig für andere Zwecke Verwendung findet.

Wir erwarten von unseren Abonnenten volles Verständnis und herzlichste Opferwilligkeit. Nicht eingelöste Extraquittungen, die als zum Abonnementsgeld gehörig zu betrachten sind, können deshalb nur als rückständige Abonnementsgelder behandelt werden. Wir sind fest überzeugt, daß kein Abonnement der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" sich weigern wird, diese Pflicht zu erfüllen, daß er weit eher, der herrschenden Gesellschaft zum Trotz, in verstärktem Maße Mittel für unsere gefangenen Genossen übrig hat.

Der Verlag der „Schles. Arbeiter-Zeitung".

Breslau.

Kommunistische Partei.

Freitag, den 27. d. Mts. abends 7,30 Uhr im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße 21:

Allgemeine Funktionärversammlung.

Tagesordnung: die Gewerkschaftsfrage.

Alle Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre müssen anwesend sein.

Beschluß der Bezirksleitung.

Abführung der Beiträge.

Um den Arbeitsgebietsleitungen eine bessere Möglichkeit zur Durchführung ihrer Aufgaben zu geben, sie also zu finanzieren, beschloß die Bezirksleitung, daß ab 1. Juli cr. 80 Prozent an die Bezirksleitung abzuführen, 15 Prozent den Ortsgruppen verbleiben und 5 Prozent an die Arbeitsgebietsleiter abzuführen sind. Wir ersuchen die Ortsgruppen, sich hiernach zu richten und fordern alle Arbeitsgebietsleiter auf, von diesem Beschluß Gebrauch zu machen. Die Arbeitsgebietsleiter sind über Ein- und Ausgaben der Bezirksleitung allmonatlich Rechenschaft schuldig.

Bezirksleitung der KPD. Schlesien.

Ein Brief aus Portugal an Breslauer Genossen.

Infolge der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland sind im letzten Jahre viele Arbeiter ausgewandert, sowohl nach europäischen, als nach außereuropäischen Ländern. Die Auswanderung wird häufig organisiert von kapitalistischen Organisationen, die an dem Hintransport materiell interessiert sind. Diese Organisationen kümmern sich um die Auswanderer nicht mehr, sobald sie das Ziel ihrer Reise erreicht haben. Dort sind die Auswanderer fast immer dem größten Elend ausgesetzt. Ohne genügende materielle Mittel, ohne Kenntnisse der Sprache und der dortigen Verhältnisse finden sie selten Arbeit.

Nur diejenigen, die sich einigermaßen durchzuhelfen verstehen, schreiben an ihre Verwandten und Bekannten in der Heimat. Aber auch aus ihren Briefen geht hervor, wie schwierig die Lage der proletarischen Auswanderer ist.

Wir veröffentlichen im nachfolgenden einen Brief aus Portugal, der an Breslauer Genossen gerichtet ist, und bitten unsere Leser, die im Besitz von ähnlichen Briefen sind, sie uns zwecks Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Der Brief ist aus Lissabon von Mitte Mai datiert:

Lissabon, den 14. 5. 24.

Liebe Genossen und Genossinnen!

Wir nehmen an, daß Euch Genossen auch die hiesige Arbeiterbewegung interessieren wird und deshalb wollen wir Euch einen kleinen Ueberblick der hiesigen wirtschaftlichen Kämpfe der Proletarier übergeben. Gerade Portugal soll dafür als Beispiel dienen, denn dieses Land unterscheidet sich von Natur aus von Deutschland. Ein Land, in dem alles vorhanden ist (in großen Mengen), Apfelsinen, Wein, Oele, (kilometerweise) Feigen, massenhaft viel Fische usw., usw. Aber auch hier hat das Großkapital die Macht in der Hand und versteht es ausgezeichnet, die Proletarier so herunterzubringen, daß dieselben auf alles verzichten und anspruchslos sind (mehr als in Deutschland). Ein Arbeiterführer erklärte uns in einem Gespräch, Portugal ist eine Kaserne, und wenn wir es uns genau angesehen haben, müssen wir es auch bestätigen. So beispielsweise: Vor 18 Tagen ist hier ein Bäckerarbeiterstreik ausgebrochen (in ganz Lissabon sind nur zwei Bäckergesellschaften vorhanden, Privatbäckereien sind verboten — ein Monopol) der zehn Tage lang angehalten hat und ohne Erfolg abgebrochen worden ist, da Militär die Brotfabriken besetzte und Brot backte. Jetzt streiken seit drei Wochen die Kutscher (dies ist hier ein wichtiger Faktor, da Lissabon eine Hafenstadt ist) und mit jedem Streikbrecher fährt ein Soldat bewaffnet mit einem Karabiner mit. Es besteht auch gegenwärtig ein Postbeamtenstreik und auch hier hat Militär eingegriffen, es hat die Post besetzt und Offiziere verkaufen Briefmarken.

Nun zur Gegenseite: In Portugal gehören die meisten organisierten Arbeiter der Arbeiterförderation (Internationale Berlin) an. Diese Organisation steht aber auf dem Boden der Verelendungstheorie und schon aus diesem Grunde ist es möglich, daß alles hier vorkommen kann, was in Deutschland vielleicht unmöglich wäre. Gut wäre es, wenn diejenigen Anarchisten oder Syndikalisten, die gerade uns vorwerfen, daß wir den Bürokraten nachlaufen, daß wir uns noch von einer Zentrale hemmen lassen und daß wir mit Sozialdemokraten und anderen arbeiterfeindlichen Parteien ins Parlament gehen, daß diejenigen nach Portugal kommen, und sich ihre eigenen Kampfesgenossen ansehen, oder sich von einem Genossen, der selbst Anarchist ist, erzählen lassen. Er selber wird es bestätigen müssen, daß dieselben Anarchisten und Syndikalisten, die in ihrem Kampfesorgan Schnapsreklamen (und nicht wenige) haben, dieselben haben einen Aufruf für die Republik mit anderen Republikanern unterschrieben. Dagegen tat das nicht die KPD., oder glauben die Anarchisten und Syndikalisten, daß eine Regierung, die bei jedem Streik Militär einsetzt, eine proletarische ist? . . .

Achtung! Schwindler!

Ein Mann, namens Walter Langnickel, ein sehr zweifelhafter Bursche, der identisch ist mit einem Manne gleichen Namens aus Torgau, und der sich jetzt weiter Esser Walter oder Karl Esser aus Hamburg nennt, brandschatzt die ausländischen Sektionen der KJ. Der Mann gibt an, der Reichstagsabgeordnete Karl Esser aus Hamburg zu sein und ist von Wien nach Paris und von dort nach Rotterdam gefahren, um überall die Hilfe der Genossen in ausreichendem Umfange in Anspruch zu nehmen. Es hat sogar den Anschein, als ob es sich hier um einen Spitzel handelt, der unter Berufung auf bekannte deutsche Parteigenossen und Briefe, die er an diese richtet, sich das Vertrauen der Genossen zu erschleichen sucht. Von Rotterdam hat der Mann sogar an das Auswärtige Amt in Berlin geschrieben, um das Reisegeld als Reichstagsabgeordneter zu erhalten. In Briefen an einzelne bekannte Parteigenossen hat er als Zuschriftadresse angegeben: Rotterdam, Foogarspedo, Rochussenstraat 107 e. Der Mann tritt also mit einer ziemlichen Frechheit auf.

Ein gewisser Löwenburg hatte sich bei unserer Ortsgruppe Liegnitz eingeschlichen, der angab, vor zwei Jahren aus dem Zuchthaus von Görlitz ausgerückt zu sein, nachdem er eine Strafe von 12⅓ Jahren hinter sich hätte. Er gibt an, von unserem Genossen Landtagsabgeordneten Menzel (Halle) in die Partei aufgenommen worden zu sein. Den Genossen in den Ortsgruppen erzählt er, die Strafe sei die Ursache eines politischen Attentates, das er im Verein mit anderen Anarchisten der neunziger Jahre begangen hätte. Auf Grund unserer Informationen stellen wir folgendes fest:

Löwenburg hat wegen eines absolut bürgerlich-kriminellen Deliktes eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren erhalten und ist nach 12½ Jahren begnadigt worden.

Er geht jetzt durch die Ortsgruppen der Partei und verlangt Unterstützung bezw. einen Ausweis der Partei. In anderen Gruppen wiederum erzählt er, daß er gern für die Partei arbeiten möchte und Geldmittel nicht benötige. Dieses widerspruchsvolle Auftreten Löwenburgs zwingt uns, öffentlich vor demselben zu warnen.

Wir warnen darum alle Ortsgruppen und Genossen, auf die Manöver des Löwenburg hereinzufallen.

Im übrigen versuchen zweifelhafte Elemente unter allerlei Vorwänden, sich in die Partei einzuschleichen oder die Partei zu mißbrauchen. Wir weisen die Ortsgruppen noch einmal darauf hin, und erwarten dementsprechend zu handeln.

Bezirksleitung der KPD., Bezirk Schlesien.

Verantwortlich für den gesamten Text: Robert Schulz, Breslau. Inserate Max Zschocher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Versammlungs-Kalender.

Breslau. Freitag, den 27. 6., abds. 7.30 Uhr, im „Roten Löwen", Kupferschmiedestr. 21, Allgemeine Funktionärversammlung.

Altwasser. Betriebszelle Fuchsgrube. Alle Genossen, die auf Julius-Schacht, Bismarckschacht und Hans-Heinrichschacht arbeiten, haben an der Zellenversammlung am Sonnabend, den 28. 6., nachmittags 5 Uhr, im „Eisernen Kreuz" in Altwasser teilzunehmen. Genossen, zeigt Disziplin.

Freiburg. Donnerstag, den 26. 6., abends 8 Uhr, im Buchwald. k. Saal, außerordentliche Kartellsitzung. Sämtl. Delegierte haben zu erscheinen. Fernbleiben ohne dringende Entschuldigung hat den Ausschluß zur Folge.

Gleiwitz. Sonntag, den 29. 6., vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung der proletarischen Freidenker im „Volkshaus" (Neue Welt). Referent Genosse Kossa aus Hindenburg.

Bäslersdorf. Freitag, den 27. Juni, abends pünktlich 7.30 Uhr, findet im Hotel „Zur Sonne" (Pavillon) unsere Mitgliederversammlung statt, wozu auch die Jugend eingeladen ist. Unbedingtes Erscheinen eines jeden Genossen (in) ist revolutionäre Pflicht.

Gewerkschaften

Breslau. Achtung Steinarbeiter. Donnerstag, den 26. 6. abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus im Zimmer 11 eine Branchenversammlung der Steinsetzer und Schrithauer statt.

Oeffentl. Bekanntmachung von Dittersbach.

841

Bekanntmachung.

Die nächste öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung findet Freitag, den 27. Juni 1924, nachmittags 5 Uhr, im Gemeinde-Verordneten-Sitzungssaale statt.

Die Tagesordnung für die Sitzung hängt im Amtshaus (Erdgeschoß) zur allgemeinen Kenntnis aus.

Dittersbach, den 24. Juni 1924.

Der Gemeindevorsteher-Stellvertreter.
Roeßler.

Oeffentl. Bekanntmachung von Weißstein.

Amtliche Bekanntmachung.

Für den 3. Bezirk, umfassend Flurstraße, Mühlengasse und Mittelstraße, findet am Montag, den 30. Juni 1924 nachmittags 6 Uhr eine Feuerwehr-Übung statt, an welcher alle löschpflichtigen Bewohner des Bezirks im Alter von 20—40 Jahren teilzunehmen verpflichtet sind. Antreten der Löschpflichtigen vor dem Grundstück Flurstraße 8.

Fernbleiben von der Übung, Entschuldigungen ohne genügenden Grund oder verspätete Entschuldigungen werden unnachsichtlich bestraft. Die Entschuldigung ist nicht dem Brandmeister oder Abteilungsführer, sondern nur im Einwohner-Meldeamt, Zimmer 5, des Amtsgebäudes, und zwar innerhalb 3 Tagen nach der Übung anzubringen.

Bei Ausbruch eines Brandes ist im 3. Vierteljahr d. J. (Juli-Septbr.) der 2. Bezirk, umfassend Hauptstraße 23—50, 86, 87, 89—124, Sandstraße 1—8, löschpflichtig. Bei einem Feuer Antreten der Löschpflichtigen auf der Brandstelle.

Weißstein, den 24. Juni 1924.

Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.
842 J. V.: Hertwig.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Heute u. täglich 8 Uhr
Gastspiel
Edith Karin
und 839
Kurt Wollram
in der Berliner und Wiener Original-Ausstattung
„Die Perlen der Kleopatra."

Produktiv-Genossenschaft
Abtl. Buchhandlung
Soeben erschienen:
Verschwörer
von E. J. Gumbel
Broschiert
224 Seiten stark.
Preis 2.— Mk.

Kreissport- und Bildungskartell Reichenbach

4. Reichsarbeiter-Sporttag

Sonnabend, den 28. Juni 1924:
Gesellschaftshaus Dinter: Streichkonzert
Darbietungen der Vereine
Sonntag, den 29. Juni 1924:
9 Uhr: Rennen der Arbeiter-Radfahrer
12½ Uhr: Antreten zum Umzug
3 Uhr: am Festplatz Schäbitz
daselbst: Ansprache, Konzert
Darbietungen der Kartellvereine
Abends: Tanz in den Sälen
Gnoß, Schäbitz, Dinter, Stiller u. Kattner
Reigenfahren der Arbeit.-Radf.
6. Bezirk
843
Zahlreichen Besuch der Arbeiterschaft Langenbielaus und Umgegend erwartet
Der Festausschuß Der Kartellvorstand

Großer Sommer-Räumungsverkauf
Sämtliche Preise weit unter Einkauf.
845 Einige Beispiele:

Waschmousseline	helle und dunkle Muster Meter Mk.	0.70
Zephir	für Blusen und Sporthemden . . Meter Mk.	0.55
Blaudruck	schöne Muster . . . . . Meter Mk.	0.75
Perkal	für Blusen und Oberhemden, 80 cm breit, Elsässer Ware . . . . Meter Mk.	0.85
Wasch-Cheviot	mit schönen Streifen u. Mustern Meter Mk.	0.95
Satin	geblümt, für Schürzen und Kleider, mod. Muster Meter Mk.	1.25
Frotté	doppeltbreit, aparte Streifen auf grauem Grunde Meter Mk.	0.95
Prima Voll-Frotté	doppeltbr., beste Qual., letzte Neuheiten, Meter Mk. 2.45	1.95
Militär-Nessel	für Hemden . . . Meter Mk.	0.45
Oxford	gestreift und kariert, feine und mittelfädige Ware . . . . Meter Mk.	0.55
Batist	mit Durchbruch für Schürzen, 80 cm Meter Mk.	0.85
Wäschetuch	gute, mittelfädige Qualität Meter Mk. 0.75	0.55
Linon	80 cm breit . . . . . . Meter Mk. 0.85	0.70
Züchen	80 cm breit, schlesische Ware, helle u. dunkle Karos . . . . Meter Mk.	0.90
Inlett	80 cm breit, rot Köper . . . . . Meter Mk.	1.20
Schweizer Voll-Voile	doppeltbr., helle u. dunkle mod. Must., Meter Mk.	1.75
Foulardine	doppeltbr., mod. türk. Muster für Jumper und Kasaks . . . . . Meter Mk.	2.85

M. Aschkowitz
Scheitniger Straße 13.

Messow Waldschmidt
Unser
Saison-Ausverkauf
beginnt am 1. Juli
846

Besonders billig!
Blusen
Kleider
Röcke
Frauen- und Männerwäsche
Händler Extra-Preise!
H. Fuchs
Friedrich-Wilhelmstraße 31

Geschlechtskranke,
Harnröhren-, Blasen- und Hautkranke finden schnelle und schmerzlose Heilung im
Spezialheilinstitut Joschke
Ernststraße 10, II. am Hauptbahnhof, früher Palmstr. 22, Tel. O. 1924. Sprechst. 9—1 vorm. u. 3—7 nachm., Sonn- u. Feiertags v. 9—1 Uhr. Eigen. ärztlich. Beirat. Nach vorheriger telephonischer Anmeldung auch zu jeder anderen Tageszeit. 772

Beachtet unsere Inserenten!

Leser unserer Zeitung
können sich in der Expedition Trebnitzer Straße 50 gegen Vorzeigung der letzten Abonnementsquittung
ein Quantum alte Zeitungs-Exemplare als Einpackpapier gratis abholen.
Die Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Wohnungstausch
Breslau—Kosel bei Breslau
Tausche meine 3-Zimmer-Wohnung nebst Küche u. Zubehör, elektrisches Licht, Stallungen, Schrebergarten, Gartenanteil, gegen 1- oder 2-Zimmer-Wohnung in Breslau (Zentrum oder Nikolaitor). Anfragen an die Expedition [illegible]

Achtung! Literaturobleute!
Soeben traf wieder ein das hochaktuelle Werk:
Vier Jahre politischer Mord
von E. J. Gumbel
Broschiert, 150 Seiten
Preis 1.00 Gmk.
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien e.G.m.b.H.
Breslau, Trebnitzer Str. 50
Abteilung Buchhandlung

Landeshut.
Günstiges Angebot für Schuhmacher u. Private!
Ia Kernlederfohlen
in allen Preislagen von 75 Pfg. an
Kindersohlen von 35 Pfg. an
Alfred Wöckel
Gerbereibetrieb
Landeshut i. Schl.
840 Waldenburger Str. 3
Ausgerbung von Fellen jeder Art
sauber und preiswert.

DIE ROTE SICHEL

BEILAGE ZUR „SCHLESISCHEN ARBEITER-ZEITUNG“

Die getäuschten und betrogenen Bauern.

Die Leiter des Reichslandbundes Graf Kalckreuth und Hepp haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, nach der bei Pfändungen auf dem Lande für Steuerzwecke das für die Wirtschaft unumgänglich Notwendige zunächst freigelassen und die Steuer gestundet werden soll.

Zu dieser Eingabe, die in einem scheinbar sehr energischen Tone gehalten ist, jedoch am Schluß abflaut, haben sich die „Herren“ durch die Angst vor dem Kommunismus entschlossen. Wie immer bei solchen Gelegenheiten wird von den „Herren“ soviel als möglich gedreht und gewunden und dafür gesorgt, daß die Kirche im Dorfe und alles beim alten bleibt. Die Eingabe ist gemacht und wenn sie nun auch wirklich mit vielem „Wenn“ und „Aber“ den Erfolg haben sollte, daß dem kleinen Landwirt das unumgänglich Notwendige in der Wirtschaft nicht gepfändet werden darf, ist ihm die Steuerschuld damit doch nur gestundet, aber nicht geschenkt. Der Bauer befindet sich demnach immer in der Lage eines Bankerotteurs, der seinen Gläubiger betrogen hat und nun von ihm jeden Augenblick den Gerichtsvollzieher zugeschickt bekommen kann; nur mit dem Unterschied, daß der Staat als Gläubiger nicht von seinem Schuldner, dem Bauer, sondern der Bauer als Schuldner von seinem Gläubiger, dem Staat, betrogen wurde.

Die Steuerschuld, deren Eintreibung jederzeit, trotz, oder gerade wegen allem „Wenn“ und „Aber“ möglich ist und die den Ruin der Wirtschaft und Existenz bedeutet, hängt also dauernd, wie ein Damoklesschwert über dem Haupte des armen, kleinen Landmannes, während der schon an sich kapitalkräftige Großgrundbesitzer sich durch Vorwegnahme billiger Staats- und Rentenbankkredite, gefälschter und zurecht frisierter Steuerberichte und anderer Schwindelmanöver von den Steuern soviel als möglich frei macht und seinen Besitz stabilisiert. Das heißt: Du armer Bauer kannst bezahlen bis zum Weißbluten, weil wir reichen Großgrundbesitzer all unseren Besitz behalten und noch reicher werden müssen.

Ist das Gerechtigkeit und Ordnung?

Bauern, denkt darüber nach: Was bedeutet die Stundung der Steuerschuld?

Aufschub, aber keine Aufhebung!

Ihr seid und bleibt die Schuldner des Staates!

Für eine unerträgliche Steuerlast, die sich fortwährend noch vermehrt und ins Riesenhafte wächst. Bald werdet ihr soweit sein, daß euch kein Halm auf dem Acker, kein Schwein im Stalle und kein Nagel im Dachsparren mehr gehört, sondern alles, alles wird der „treusorgende“ Staat, vertreten durch die Rechtsparteien bis zu den verräterischen Sozialdemokraten als sein eigen für sich mit Beschlag belegt haben. Ihr seid dann alles Eigentum, für das diese Lügenparteien, mit den großen Mäulern und den noch größeren Taschen angeblich so gern eintreten, endgültig los; habt kein Recht mehr und seid nur noch erbärmliche Sachwalter, die jeden Tag, wenn es den Herrschaften paßt, von Haus und Hof gejagt werden und sich dann als Stromer und Vagabunden auf der Landstraße herumtreiben können.

Bauern, ist das das Glück, das euch die Reichslandbundführer zukommen lassen wollen? Wollt ihr die Liebediener und Speichelleder dieser „Herren“ werden?

Von dem, nach dem Stande vom 7. April d. Js. von der Reichsbank gewährten Rentenmarkkredit für Meliorationszwecke von etwa 650 Millionen Rentenmark hat der Großgrundbesitz bedeutend mehr als Dreiviertel erhalten, während ein ganz kleiner Rest, sozusagen das Ausspülwasser vom Butterfaß dem Bauernstande zugute gekommen sein soll. Was da der Kleinbauer und Siedler erhalten haben mag, wird wohl mit der schärfsten Brille nicht zu finden sein!

Als nun der Riesenbetrug, den der Großgrundbesitz den Kleinbauern und Siedlern gegenüber durch die Vorwegnahme des Meliorationskredits beging, nicht mehr verborgen blieb und an die Oeffentlichkeit kam, setzte, um das zu vertuschen, die Rentenbank, durch Vermittlung der Reichsregierung, sofort mit einem neuen Schwindelmanöver ein und bewilligte einen neuen Kredit von 30 Millionen Rentenmark zu Meliorationszwecken. Dieser Kredit, so heißt es, soll nun „vornehmlich“ mit dem Ziel der Verbesserung, Vergrößerung und Neuanschaffung bürgerlicher Betriebe verwendet werden. Gleichzeitig wird aber dabei gesagt, daß in erster Linie jedoch solche Meliorationen und Kultivierungen in Frage kommen, für die Aufwendungen bereits gemacht worden sind. Das heißt: der Gutsbesitzer, der mit dem bereits vorher erhaltenen Kredit nicht auskommt, erhält nun weiteren Kredit.

Der Großgrundbesitz hat also demnach schon den ersten großen Riesenkredit fast ganz geschluckt; er wird auch jetzt die 30 Millionen Rentenmark und alle eventuell nachfolgenden Kredite schlucken. Da diese Kredite für den in der gegenwärtigen Zeit äußerst niedrigen Jahresprozentsatz von sechs Prozent gegeben werden, so sind sie für den Großgrundbesitzer natürlich eine großartige und starke Hilfe, welche die paar Fleckchen Land, die sie nach dem Kriege, um das Volk vor den Kommunisten zu beruhigen, zu Siedlungszwecken verkauft haben, mehr als hundertmal wieder einbringt. Das nennt man ein Geschäft! Bauern und Siedler, glaubt ja nicht, daß der Junker dumm ist: er versteht das Geschäft ebenso gut, wie der gerissenste Kapitaljude und zieht euch das Fell über die Ohren, daß ihr nicht wißt, was heute und gestern ist. Ja, mit solchen Riesenkrediten kann man schon die schwere Zeit durchhalten und seine Besitzungen und Sachwerte behalten, man kann, die dem Bauer gegenüber verhältnismäßig kleine Steuer dann leicht abzahlen, das Wohlleben weiter genießen und die „Kleinen“ und „Dummen“ auslachen. Für euch, Bauern und Siedler aber erhebt sich die Frage:

Wie kann diesen Bestien das Handwerk gelegt und für uns ein menschenwürdiges Dasein geschaffen werden?

Wir antworten euch und wiederholen es immer und immer wieder: Einzig und allein dadurch, daß ihr euch uns anschließt, daß ihr euch nur durchaus nichts beirren läßt und Kommunisten werdet und eine Bauern- und Arbeiterregierung bildet. Von den Rechts- und Mittelparteien habt ihr Unterdrückung und Knechtschaft zu erwarten und die Sozialdemokraten verraten und verkaufen euch an diese. Sie vertrösten euch auf die Zukunft und wenn ihr und eure Kinder längst Bettler geworden seid, so vertrösten sie nach 1000 Jahren eure Kindeskinder, die wieder Bettler sind, noch immer auf eine bessere Zukunft.

Erst wenn ihr selbst das Staatsruder in die Hand nehmt und vereint mit Euresgleichen für euer Wohlergehen sorgt, dann wird es besser werden.

Nehmt euch ein Beispiel an Rußland: Bauer und Arbeiter, Arbeiter und Bauer stehen dort fest zusammen und kämpfen heroisch und machtvoll Schulter an Schulter gegen alle Schäden und Widerstände der Wirtschaft aus der verlotterten Zaren- und Kerenskizeit und viel ist erreicht.

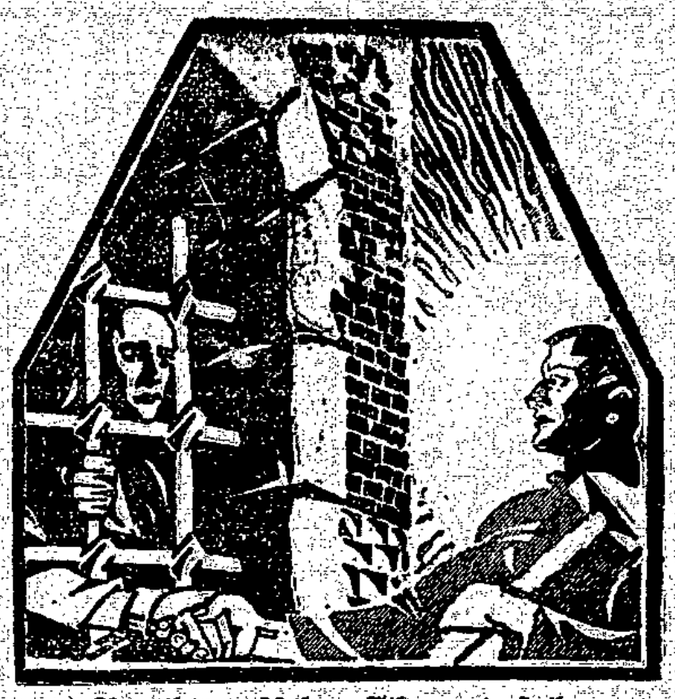
Schon leuchtet die Sonne! Und der Erfolg der Wirtschaft unter der russischen Arbeiter- und Bauernregierung kann selbst von ihren Todfeinden, den kapitalistischen Blutsaugern, nicht mehr abgeleugnet werden.

In allen Ländern der Welt leben die kommunistischen Gedanken, und in Paris, der Hauptstadt der deutschen „Feindrepublik“ haben unsere kommunistischen Genossen die Mehrheit. Sie rufen uns zu: „Das Ruhrgebiet muß geräumt werden!“

Wir grüßen unsere Genossen über dem Rhein und reichen ihnen die Bruderhand! Wir wissen uns eins mit ihnen und wissen, wenn das Proletariat, Arbeiter und Bauer sich einig ist, es unmöglich sein wird, die Lasten der Reparationen nach dem Versailler Vertrage und das Sachverständigenrattachten auf die Schultern der deutschen Proletarier zu legen.

Aber es heißt einig und stark sein!

Drum Bauer und Siedler haltet zu uns! Ihr tut's für euch selbst!



Proletarische Ehrentafel.

Die Opfer des weißen Terrors.

In den Gefängnissen Breslaus, Schweidnitz, Waldenburgs, schmachten folgende Genossen:

1. Ortner, Karl, seit November 1923
2. Wagner, Wilhelm, seit November 1923
3. Moser, Karl, seit November 1923
4. Schmidt, August, seit November 1923
5. Klein, Paul, seit November 1923
6. Schlegel, Richard, seit November 1923
7. Reichel, Franz, seit November 1923
8. Drieschner, Adolf, seit November 1923
9. Biewald, Wilhelm, seit April 1924
10. Fürbringer, Robert, seit Februar 1925
11. Kortelnik, Josef, seit Dezember 1923
12. Eildermann, Wilhelm, seit Februar 1924
13. Henke, Alwin, seit Februar 1924
14. Krohn, Albert, seit April 1924
15. Gläser, Max, seit April 1924
16. Bigring, David, seit Februar 1924
17. Radlewski W., seit April 1924
18. Radlewski, Frau, seit April 1924.

Den Ehrenplatz auf der proletarischen Gedenktafel gebührt dem Genossen

Max Hölz,

der seit drei Jahren im Breslauer Strafgefängnis inhaftiert und zu

lebenslänglichem Zuchthaus

von den Klassenrichtern verurteilt wurde.

Auch der Genosse Kaufmann aus Schweidnitz ist wegen Beteiligung an den Märzkämpfen zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Er befindet sich im Zuchthaus Groß-Strehlitz in Schlesien.

Damit ist die Liste der Inhaftierten noch nicht erschöpft, da in Schlesien täglich Verhaftungen vorgenommen werden.

An alle Ortsgruppen ergeht daher die Aufforderung, sofort die Namen derjenigen Genossen mitzuteilen, die hier nicht genannt sind.

Parteigenossen und Genossinnen!

Hinter Kerkermauern befinden sich die tapfersten und opferbereitesten Proletarier. Sie sind doppelt und dreifach von der Klassenjustiz verurteilt, denn ihre Frauen und Kinder befinden sich im größten Elend.

Revolutionäre Pflicht

jeder Ortsgruppe der Partei ist es, den gefangenen Brüdern und ihren Angehörigen Hilfe zu bringen. Pflichtvergessen handeln die Ortsgruppen, die nicht jedes einzelne Mitglied zur Mitarbeit während der Roten-Hilfe-Woche veranlassen. Die beste Hilfe

ist intensive Sammeltätigkeit

für die Opfer der Klassenjustiz.

Riesenkapitalverschiebung der Rentenbank an den Großgrundbesitz.

Mit der rücksichtslosesten und jeder Gerechtigkeit Hohn sprechenden Frechheit und mit einem Raffinement, das den abgefeimtesten und ausgekochtesten Spitzbuben und Bauernfängern alle Ehre macht, arbeiten der Großgrundbesitz und die Rentenbank Hand in Hand, um den armen Bauern zu rupfen, betrügen und vollständig auszuplündern.

Mit 6 Prozent muß er die Belastung der Rentenbank verzinsen, den Nutzen davon aber, hat der Großgrundbesitz. Unter dem Namen Rentenmark-Bodenverbesserungs- und anderen Krediten erhält der Großgrundbesitz dauernd Riesensummen von vielen hunderten Millionen Rentenmark von der Rentenbank ausgezahlt für seine wirtschaftlichen Zwecke, während der arme Bauer diese Schuld auf sich nehmen mußte und noch obendrein die Zinsen mit 6 Proz. dafür zu zahlen verpflichtet ist. Auf deine Kosten, Bauer, kann der Großgrundbesitz demnach seinen Besitz verbessern und vergrößern, auf deine Kosten kann er die an sich, im Verhältnis zu deinen, niedrigen Steuern leicht abstoßen und ein Wohlleben frönen. Du trägst die Last und er hat den Nutzen.

Allein über 600 Millionen Rentenmark sind als Bodenverbesserungskredit bereits an den Großgrundbesitz von der Rentenbank verschoben worden, von den anderen Krediten ganz zu schweigen.

Bauer, geht dir nun endlich ein Licht auf, wohin das führen muß? Zu deinem Bankerott und zu deinem Untergang!

Die Großgrundbesitzer aber, diese würdigen Nachfolger der einstigen Raubritter, Straßenräuber, und Straßendiebe, mit ihren Helfern, den Präsidenten der Rentenbank, bestehlen dich und bereichern sich auf deine Kosten, schlimmer als es einst deinen Vorfahren im Mittelalter geschah.

Wie lange noch, Bauer, wirst du diesem Treiben untätig zusehen und dir das gefallen lassen?

Heraus aus den Bauern- und anderen Vereinen, aus dem Landbund! Geselle dich zu uns! Bei uns ist dein Platz und nicht bei Lügen- und Schwätzvereinen und Verbänden! Was haben dir die Genossenschaften, Bauernvereine, Landbünde usw. genützt? Nichts! Beschwatzt, belogen, betrogen und beschwindelt wurdest du dort reichlich und viel, aber du kamst dabei nur immer tiefer in Not. Soll das so weiter gehen? Willst du ganz und gar untergehen und dich in den Dreck treten lassen? Die Vereinsredner sprechen lang und viel, fassen Beschlüsse und tun, als wenn sie schimpfen wollten; aber im stillen halten sie zu den Großgrundbesitzern und lachen dich aus, daß du, der dumme Bauer, dich immer wieder von ihnen betrügen läßt. Ist das der rechte Weg, wie du zu deinem Rechte kommst? Mit dem Wolfe hält man keine lange Reden, sondern erschlägt ihn einfach. Wenn du, Bauer, noch lange Reden, Beschlüsse und anderen Unsinn gegen die Großgrundbesitzer anwenden und dich nicht zu Taten aufraffen wirst, so ist dein bißchen Besitz von der Rentenbank und dem Großgrundbesitz bald aufgefressen, denn mit allem Quatsch und Quasseln in den Vereinen wird nichts, aber auch rein gar nichts erreicht. Inzwischen jedoch wird deine Wirtschaft vollständig verschuldet und verpfändet und kein Vereinsleiter und Landbundführer wird dir helfen. Im Gegenteil: sie eben, sind ja die Hauptschwindler, die dich in das Unglück hinein führen und deinen Ausbeutern ausliefern und dir, wenn du verarmt aus dem Hause gejagt wirst, kalt den Rücken kehren und dich auslachen. Dann werden dir deine Räuber, die Herrn Magnaten, die Militärjacke anziehen und dich in den „Befreiungskampf“ als Kanonenfutter schicken, damit du ihren zusammengestohlenen Besitz verteidigst, du aber bleibst unter allen Umständen der Bettler und kannst im günstigsten Falle als Krüppel den Leierkasten drehen. Ist das dein Ziel?

Bauer!

Es gibt nur einen Weg, der dich richtig führt: er führt zu uns!

Es gibt nur eine Bruderhand die helfen kann: es ist die unsere!

Ergreife sie und wende deinen falschen Freunden den Rücken, ehe sie dir den ihren zukehren! Schließe dich uns an! Wir Kommunisten wollen, daß der Bauer und Arbeiter die Regierung selbst in die Hand nimmt und mit seinen Bedrückern Abrechnung hält. Wir wollen, daß der Bauer das Sklavenjoch der Kapitalisten und Großgrundbesitzer abschüttelt und zum freien Menschen mit Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechten wird, wir wollen, daß der Bauer gerechten Lohn für seine Arbeit erhält.

Freilich, deine Ausbeuter, Bauer, wissen, daß sie in den vereinten Bauern und Arbeitern die gefährlichsten Feinde besitzen, daß wir rücksichtslos gegen sie vorzugehen entschlossen sind und fürchten uns. Aus diesem Grunde versuchen sie in Zeitungen, Versammlungen und auf alle mögliche sonstige Weise, uns als Schreckgespenst hinzumalen. Sie erzählen dir, die Kommunisten nehmen den Bauern das Land, verbrennen die Gehöfte und noch tausend andere blödsinnige ungeheuerliche Räubergeschichten. Sie verdrehen dabei die Wahrheit in das Gegenteil und lachen sich eins, wenn es ihnen gelingt, den Bauern zu beschwindeln. So wird das Wild mit großem Geschrei und Hallo erschreckt und dem Jäger vor die Büchse getrieben, damit es um so sicherer fällt. Bei einiger Ueberlegung Bauer, aber mußt du einsehen, daß du kein wehr- und ratloser Angsthase bist, daß Kraft in dir steckt, und wenn du dich mit uns vereinigst und zum Knüppel greifst, so wird das ganze Lumpengesindel, das dich vernichten will, bald davonlaufen.

Ist es nicht ein unerhörter Skandal, wie du behandelt wirst? Die Rentenbank verschiebt einfach das Geld, daß dir, ohne dich zu fragen, als Zwangshypothek auf deinen Grundbesitz im Grundbuch eingetragen wurde und daß du noch dazu mit 6 Prozent verzinsen mußt, an den Großgrundbesitz. Du mußt also dein bißchen Besitz hingeben und obendrein noch Zinsen zahlen, damit die Beamten der Rentenbank große Gehälter und die Gutsbesitzer Riesensummen als Kredite bekommen. Der Zweck der Sache ist: Der Großgrundbesitz soll immer noch viel stärker und mächtiger, der Mittel- und Kleingrundbesitz aber soll vollständig vernichtet werden. Im günstigsten Falle, Bauer, darfst du dann beim Gutsbesitzer als Fronarbeiter dienen, wie es in der Zeit der Leibeigenschaft üblich war.

Die Großgrundbesitzer spazieren schon lange in den Fußtapfen der Devisenschieber und werden sich bald wie diese ganz gesund gemacht haben. Du aber, Bauer, wirst bald ein Bettler sein.

Die Kommunisten für das Selbstbestimmungsrecht der Oberschlesier.

Rede des Genossen Judasch im Reichstage gegen die nationalistische deutsche und polnische Hetze.

Wir Kommunisten werden weder für, noch gegen den Gesetzentwurf stimmen, der die Grenze Deutsch-Oberschlesiens nach dem Gebot der Entente, nach ihrem Genfer Diktat festlegen soll. Weder die Imperialisten Deutschlands, noch die Polens, noch die der Entente haben ein Recht, die oberschlesische Grenze zu bestimmen, sondern nur die Bevölkerung des Landes selbst. Dieser Gesetzentwurf hier wird keine der oberschlesischen Fragen lösen, alle Gegensätze und Konflikte werden weiter bestehen bleiben. Nicht ein papiernes Dokument des Parlamentes, sondern nur die oberschlesischen Arbeiter und Bauern selbst werden das oberschlesische Problem lösen. Das ist unser Standpunkt und der der überwiegenden Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung.

Bei dieser Gelegenheit will ich kurz der sogenannten Plebiszitperiode gedenken. Nicht die Interessen der oberschlesischen Arbeiterschaft wurden damals vertreten, sondern einzig und allein die der Weltkapitalisten. Einige kleine Beispiele zur Illustration dafür, wie tief das Interesse der deutschen Patrioten für Oberschlesien war. Es kommt von Oberschlesien eine Delegation zum Wohlfahrtsministerium nach Berlin und das Wohlfahrtsministerium muß zuerst die ganzen Instanzen seines eigenen Ressorts und noch anderer Ressorts in Bewegung setzen, um festzustellen,

ob Hindenburg in Deutschland liegt.

(Hört, hört! bei den Komm.) Noch bezeichnender ist es, wenn man im Reichsarbeitsblatt die Feststellung machen muß, daß man dort ganz einfach schreibt,

die deutsche Stadt Oppeln liege in Polen und die jetzt polnische Stadt Kattowitz liege in Deutschland.

Das dokumentiert so richtig das Interesse nicht nur der vergangenen Zeit, sondern auch der jetzigen Zeit, der einzelnen Persönlichkeiten und der einzelnen Instanzen in dieser Frage. (Sehr richtig bei den Komm.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch etwas mit einflechten, das mit meiner Person im Zusammenhang steht. Es ist Ihnen allen bekannt, daß ich heute das erstemal hier bin und daß ich gewissermaßen unter der Beschuldigung stehe, Deutschoberschlesien an Polen angliedern zu wollen. Einen Arbeiter, der 1919 in Polen von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden ist, den verurteilt man im Jahre 1924 in Deutschland wegen derselben Tat, d. h. der Aufklärung der Arbeiter, vielleicht nicht zum Tode, aber vielleicht doch zu einigen Jahren Zuchthaus. (Hört, hört! bei den Komm.) Auch diese Angelegenheit ist sehr kennzeichnend für die Verhältnisse! — Ja, das stimmt!! Die Kapitalisten sind sich alle einig, mögen es Polen oder Deutsche sein; wenn es sich um Kommunisten handelt, dann sprechen die deutschen Kapitalisten und ihre Diener sehr schnell das Todesurteil, und die polnischen tun nichts anderes.

Wie sehr richtig die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" schrieb, bedeuten

die ganzen Hochverrats- und Landesverratsprozesse in Oberschlesien weiter nichts, als bezahlte Lockspitzelarbeit.

(Hört, hört! bei den Komm.) Damit will ich nicht sagen, daß die Verhältnisse bloß auf deutscher Seite so lägen, daß es auf polnischer Seite besser wäre. Im Gegenteil, daß die Verhältnisse auf der anderen Seite nicht besser, sondern noch viel schlimmer liegen.

Man versucht hier, ein Abkommen zu schaffen, um seine anständige Gesinnung gegenüber Polen zu dokumentieren, während an Ort und Stelle wieder mit allen Mitteln versucht wird, die Gegensätze zuzuspitzen. (Hört, hört! bei den Komm.) Ich verweise bloß auf die jeweiligen Verhaftungen auf beiden Seiten, nicht nur proletarischer, sondern auch nationaler Elemente. (Hört, hört! bei den Komm.), auf die Verhaftungen der Insurgenten der polnischen Seite in Deutschland und auf die Verhaftungen deutscher Angehöriger in Polen. Ich möchte bitten, so schnell wie möglich diesen Leuten, welche sich meistens aus Arbeitern rekrutieren, unter die Arme zu greifen, damit sie nicht monate- und jahrelang in den Gefängnissen zu sitzen brauchen. (Sehr wahr! bei den Komm.) Erfreulicherweise kann man heute unter den oberschlesischen Arbeitern schon überall ein Erwachen verzeichnen. Die oberschlesischen Arbeiter fangen langsam an, den ganzen Schwindel, den man mit ihnen vor hat, zu durchschauen. Es wird nicht lange dauern — ich möchte das hier ebenso feststellen wie im Jahre 1919 im Herrenhause in der Leipziger Straße —, bis eines schönen Tages die oberschlesischen Proleten wieder mit ihren Knütteln, ihren Fäusten und ihren polnischen Pieronas auftauchen, zum Schrecken der gesamten Bourgeoisie. Langsam begreifen die Arbeiter, daß es endlich an der Zeit ist,

Schluß zu machen mit der ganzen Grenzschieberei nicht nur Schluß zu machen mit den Verträgen, die beim Völkerbunde usw. ausgeheckt werden, sondern auch mit den gesamten Grenzpfählen, aber nicht nur innerhalb Europas sondern in der ganzen Welt. (Sehr richtig! bei den Komm.) **Wenn dieser Moment gekommen ist, dann wird auch die Schicksalsstunde Oberschlesiens wie die aller Länder schlagen. Wir als Kommunisten werden unser ganzes Sinnen und Trachten darauf richten, der Arbeiterschaft in der Vertiefung ihrer Erkenntnis dieser Dinge behilflich zu sein, damit endlich einmal die gesamte Bourgeoisie mit all ihren Institutionen zum Teufel gejagt wird!** (Bravo!! bei den Komm.)

Die Besatzungsbehörden führen die Verordnung Eberts durch.

rrp. Bisher wurden von Besatzungsbehörden die meisten Verordnungen der Reichsregierung nicht respektiert oder mindestens nicht als maßgebend für die eignen Entscheidungen der Besatzungsbehörden anerkannt. Seit dem Abschluß der Micumverträge ist darin allmählich eine Wandlung eingetreten. Heute wird uns ein Dokument zugestellt, aus dem hervorgeht, daß die Besatzungsbehörde eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Verordnung der Reichsregierung offen durchführt. Dies Dokument hat folgenden Wortlaut:

Armee du Rhin
32eme C. A.
38eme D. I.
Bureau des Affaires Civiles
No. 4424/1

Dusseldorf, le 14. Juin 1924

Le Général Desvoyes Commandant la 38 eme Division de Ligne (B. A. C.)

An die KPD.,
zu Händen des Herrn Paul Richtenhain
Düsseldorf, Ratherbreich 48.

Die Stadtverwaltung überreichte uns am 4. Juni 1924 durch Schreiben III a 1267 drei Anträge der Kommunistischen Partei auf Genehmigung eines Demonstrationszuges und einer Versammlung unter freiem Himmel am 15. d. Mts. und teilte uns folgende an den Antragsteller gerichtete Antwort mit:

„Zu den dortigen Anträgen vom 2. d. Mts. betr. Abhaltung eines Demonstrationszuges und einer Versammlung auf dem Staufenplatz am 15. Juni d. Js. erwidere ich, daß nach § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten sind. Dem Antrage auf Genehmigung kann daher nicht entsprochen werden."

Infolgedessen kann Ihnen die Genehmigung zu dem gestellten Antrag nicht erteilt werden.

P-O. Le Chef du Bureau des Affaires Civiles
gez. Morin.

Was wir angekündigt haben, ist also zur Tatsache geworden: die Besatzungsbehörde macht sich zum Durchführungsorgan der deutschen Ausbeuterregierung. Die Interessengemeinschaft ist offenbar. Als Ziel der beantragen Veranstaltung wurde u. a. auch die Mobilisation der Arbeiter gegen die Dawespläne angegeben. Und das Verbot der Besatzungsbehörden ist, wie in mündlichen Verhandlungen erklärt wurde, von der Leitung des wirtschaftlichen Ressorts bei den Militärbehörden ausdrücklich gefordert worden. Die Situation ist also völlig klar. Die „deutsche" Regierung, die ganze „deutsche" Bourgeoisie ein Lutterbeck.

RATIBOR O.-S.

Die gegebene Einkaufsstätte des Verbrauchers
ist und bleibt das
Schuhhaus Aschner, Ratibor
Domstraße Nr. 9–10.
Beherzigen Sie das bei Ihren Einkäufen!

Alleinverkauf der Weltmarke Salamander

JOHANN JANIK
Ratibor OS. – Bosatzer Straße 19
Möbel-Tischlerei u. Lager
Anfertigung aller ins Fach schlagenden Arbeiten in sauberer Ausführung

Reserviert

Die Schuhhalle Ratibor
Langestrasse 17
bringt
den guten Schuh, den billigen Preis!

Robert Sonnek
Ratibor O.-S. • Neue Straße 3
Spezial-Geschäft für feine Herrengarderobe
Maß-Anfertigung

E. Neisser, Ratibor
Langestr. 46.
Herrenkonfektion, Herrenartikel und Schuhwaren sowie sämtliche Arbeiterbedarfsartikel

Josef Stanulla Nachflg.
Ratibor * Ring 10
Manufaktur- u. Modewarenhaus
Spezialität: Sammet und Seiden

Gebrüder Translateur
Manufakturwaren
Ratibor O.-S.
Langestrasse 30

JOSEF HENNEK
Zigarren-Import und Versand
RATIBOR
Bahnhofstrasse 8 Bahnhofstrasse 8

Jede Brillensache
fachgerecht nur beim
Optiker H. FUHRMANN
RATIBOR Bahnhofstr. 4
Sorgfältige Lieferung aller Krankenkassen-Brillen.

Th. Bankowski
Ratibor OS. – Langestr. 24
Spezial-Geschäft für Rasiermesser, Scheeren, Messer
Rasierapparate sowie sämtliche Reise-Utensilien
Eigene Schleiferei

Schuh-Zentrale
Inh. M. Tockus
RATIBOR
Bahnhofstraße Nr. 4

Schuhhaus Merkur
Ratibor O.-S.
Nr. 50 Langestraße Nr. 50

KASSEL & CO.
Modernste Herren- und Knaben-Bekleidung
Ratibor Oderstr. 4

Heinrich Harbolla
Ratibor
Domstrasse 3
Damen- und Mädchen-Bekleidung

Herren- und Knaben-Garderobengeschäft
Großes Lager in Arbeiter-Konfektion
Anfertigung nach Maaß zu billigsten Preisen
Unterhalte gr. Stoff- und Futtersachenlager
Josef Hacker Ww., Inh.: Paul Kachel
Telefon 198 — Domstrasse 2, gegenüber der Pfarrkirche
en gros :-: Streng reelle Bedienung :-: en detail

Küchen-, Stuben-Möbel
einfache u. moderne Einrichtungen
werden hergestellt bei
Tischlermeister Philipp Sobina
Ratibor, Gr. Vorstadtstr. 45
Eigene Tapezierer-Werkstatt

Schuh-Palast Hansa
M. Bukofzer
Ratibor, Domstr. 3
Großes Lager in Schuhwaren aller Art